

# FORUM

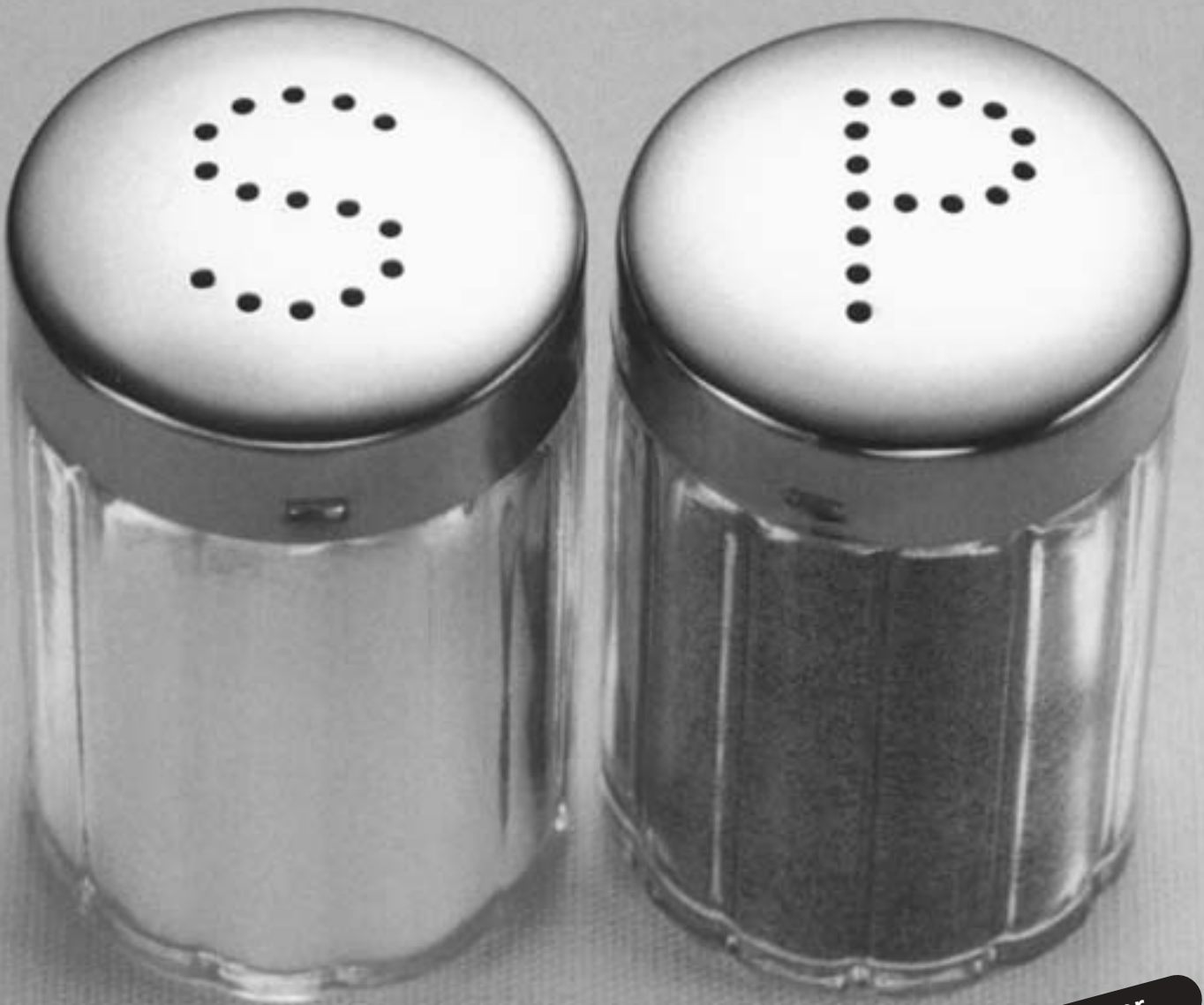
Zeitschrift  
für Politik, Arbeit & Kultur  
der SP Uster

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Nr. 217 Oktober 2003

Wahlen 2003

# Sie entscheiden!



P.P. Uster

Sondernummer



## Editorial

**E**inen Ständeratssitz für die SP zu gewinnen, gehört zu den schwierigsten Aufgaben, die man sich vornehmen kann. Namhafte SP-Mitglieder, die über hervorragende Leistungsausweise verfügten, sind schon auf der Strecke geblieben, etwa der Schriftsteller Adolf Muschg, der 1975 für die SP antrat. Geschafft haben es für die SP bislang erst Ernst Klöti, Willy Spühler, Eduard Zellweger und Emilie Lieberherr. Wenn wir es auch diesen Herbst nicht schaffen, dann ist das bloss der Normalfall.

**S**oweit soll es aber nicht kommen. Unserem Kandidaten Josef Estermann trauen Freund und Feind einen Sieg zu. Estermann hat als ehemaliger Stadtpräsident von Zürich nicht nur einen hohen Bekanntheitsgrad, sondern auch einen exzellenten Leistungsausweis – so wie einst auch die Zürcher Exekutivmitglieder Klöti, Spühler und Lieberherr. Die Herkunft aus der Stadt ist für einen linken Kandidaten also alles andere als ein Handicap. Josef Estermann kann es schaffen!

**G**ute Erfolgschancen beflügeln aber nicht nur die eigenen Leute. Unsere Gegner sind seit den Kantonsratswahlen gewarnt. So leicht wie im Frühjahr werden es die Bürgerlichen der SP diesmal nicht machen. Sie versuchen die Reihen zu schliessen, und sie werden viel Geld in die Hand nehmen, um ihre ungeteilte Standesstimme zu verteidigen. Und darum müssen auch wir einen Zacken zu legen.

**W**ir haben im Herbst gute Chancen, die politische Routine zu durchbrechen und mit Josef Estermann wieder einmal einen Ständeratssitz zu erobern. Jetzt müssen wir nur noch die Hände aus dem Sack nehmen und uns an die Arbeit machen. Wir haben noch ein paar Wochen Zeit, um alle, die Josef Estermann einen Ständeratssitz zutrauen an die Urne zu bringen. Die Mobilisierung des sozial und fortschrittlich denkenden Teils des Kantons Zürich, der sich im Ständerat durch zwei Bürgerliche nicht vertreten füllen kann, die Mobilisierung dieses Teils des Kantons Zürich wird entscheidend sein.

**H**elfen auch Sie! Gehen Sie Josef Estermann wählen! Nehmen Sie Ihre Verwandten und Freunde mit! Dann werden wir erfolgreich sein – wie im Frühjahr, als wir mit Regine Aepli das beinahe Umögliche schafften.

Dominik Schaub, Präsident SP Kanton Zürich

## IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster  
www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	15 000
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Dagmar Anderes, Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut, Rolf Murbach, Fredi Gut
Layout:	Fredi Gut
Vertrieb:	Stefan Feldmann
Druck:	Ropress Zürich
Titelfoto:	Ursula Markus

### FORUM-Abonnement

- Ja, ich möchte FORUM abonnieren und erhalte für Fr. 30.– pro Jahr vier Ausgaben in meinen Briefkasten

Name

Adresse

PLZ Ort

Senden Sie diesen Talon an FORUM, Postfach 340, 8610 Uster

Nationalratswahlen: Ein Ausblick der Präsidentin der SP Schweiz

# Für wahre «Schweizer Qualität»

**In den letzten Monaten hat sich das politische Karussell in Bern immer schneller gedreht. Die Bürgerlichen überbieten sich gegenseitig mit immer unsozialeren Abbauvorschlägen. Der Bund schnürt zur Zeit ein Sparprogramm von mehr als 3 Milliarden Franken. Gleichzeitig haben SVP, FDP und CVP ein Steuerpaket geschnürt, das Steuerausfälle von 4 Milliarden verursacht und einseitig die Hausbesitzer und die Gut-Verdienenden begünstigt. Um diesen Irrsinn zu beenden gibt es nur eins: Am 19. Oktober die SP wählen.**

Von Christiane Brunner, Präsidentin SP Schweiz

Was sich vor unseren Augen abspielt, ist die Umsetzung eines alt bekannten Spruches. «Mehr Freiheit – weniger Staat». Die unsoziale Politik der Bürgerlichen hat zwei Ziele: Zuerst werden dem Staat Milliarden entzogen und dann werden die staatlichen Leistungen massiv abgebaut. Zurück bleiben Menschen, die auf sich allein gestellt sind: Jugendliche, die keine Lehrstelle finden; Familien, die keine Betreuungsplätze für ihre Kinder haben; ArbeitnehmerInnen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben; RentnerInnen denen die Rente bald nach Belieben gekürzt wird; Regionen, in denen ein Abbau des Service Public droht; Schulen, welche die nötigen Reformen nicht finanzieren können; Universitäten und Unternehmen, die ihre innovativen Ideen nicht mehr umsetzen können; aber auch viele Klein- und Mittelbetriebe, die mitten in dieser Rezession vergeblich auf eine aktive Wirtschaftspolitik des Bundes hoffen.

Die Täter: FDP, CVP und SVP

Mit dem eingangs genannten Spruch hat die FDP vor Jahren ihren neoliberalen Kurs eingeläutet. Ihre Finanz- und Sparpolitik zerstört die Grundlagen des Sozialstaates. Von der versprochenen Freiheit profitieren die Reichsten in diesem Land – sie müssten weniger Steuern zahlen. Der grosse Rest muss länger arbeiten und erhält kleinere Renten. Auch die CVP hat sich diesem Trend angeschlossen. Vorbei sind die Zeiten, als die CVP noch ein soziales Gesicht zeigte. Allen Ernstes hat die CVP gefordert, der Bund solle 7 Milliarden Franken einsparen. Dass solche Radikallösungen nur mit einem massiven Abbau bei der Bildung, bei der sozialen Sicherheit und beim Service Public möglich sind, weiss auch die CVP.

Doch FDP und CVP sind nur Mitläufer, Haupttäter der sozialen Demontage ist und bleibt die SVP, die ihren Wahlkampf mit dem Label «Schweizer Qualität» tarnt. Für die SVP bedeutet «Schweizer Qualität» eine Politik der leeren Kassen, des Sozialabbaus und der Entsolidarisierung. Auch ich bin für «Schweizer Qualität», allerdings für eine, die diesen Namen verdient:

## 1. Qualität in der Finanzpolitik

Die SP will die Steuern für Familien mit tiefen und mittleren Einkommen senken. Wir wissen, dass speziell Familien mit Einkommen zwischen 60 000 und 100 000 Franken heute zu stark belastet sind. Vor allem wegen der steigenden Krankenkassenprämien. Die SP hat ein Konzept vorgelegt, das eine Steuersenkung genau für diese Familien gebracht hätte – mit Kinderabzügen auf dem Steuerbetrag und mit gratis Krankenkassenprämien für Kinder. Die Bürgerlichen hingegen haben – unterstützt von der sogenannten Familienpartei CVP – ein Konzept beschlossen, das den Familien mit mittleren Einkommen nur wenig bringt und das meiste Geld an die 7 Prozent reichsten Steuerzahlenden verteilt. Das kann die SP nicht mittragen.

## 2. Qualität in der Energiepolitik

Die Sparwut der Bürgerlichen macht auch das Programm «Energie Schweiz» kaputt, ein erfolgreiches Programm für Innovation und Umweltschutz. Wenn es nach der SVP und ihren Supportern geht, soll es keine Förderung des Energiesparens mehr geben, keine Förderung von technischen Innovationen im Energiebereich. Die Schweiz soll definitiv ins Atomzeitalter zurückgespart werden. Die SP Schweiz wird diese Demontage der Schweizer Energiepolitik im Parlament bekämpfen. Wirkliche «Schweizer Qualität» ist für uns eine Energiepolitik, welche der Umwelt hilft, welche die Innovation fördert und welche die Abhängigkeit von den nicht-erneuerbaren Energien vermindert.



## 3. Qualität in der Sozialpolitik

In der Sozialpolitik herrscht seit anfangs Jahr Aufregung. Der neue Sozialminister provoziert mit seinen Forderungen nach Rentenalter 67, mit der Abschaffung des Mischindex, mit Kürzungen der BVG-Renten. Mit seinen Angst-Szenarien bedroht Pascal Couchepin die soziale Sicherheit in der Schweiz. Was wir heute brauchen ist nicht Angstmacherei um unsere Sozialwerke und ein Rentenklau durch die Pensionskassen, sondern endlich ein flexibles Rentenalter, das sich auch untere Einkommen leisten können.

Am 19. Oktober gilt es ernst

Die SP ist die einzige Partei, die für wahre «Schweizer Qualität» steht. Doch ihren Kampf kann sie nur führen, wenn sie gestärkt aus den Wahlen hervorgeht. Und darum heisst es: Am 19. Oktober gilt es ernst. Nur wer wählen geht, kann auch etwas bewegen. Danke für Ihre Stimme!

Ständeratswahlen: Inhaltliche Schwerpunkte von Josef Estermann

# «Die Politik ist zu einem Schlankheitswettbewerb verkommen»

**Am 19. Oktober geht es bei den Ständeratswahlen um die Frage, wie Zürich im Ständerat zu Bern vertreten sein soll. Durch zwei VertreterInnen eine neoliberalen, rückwärtsgewandten Zürichs, welche die Interessen Wohlhabender über diejenigen des Mittelstandes und der soziale Schwachen stellt? Oder auch durch einen Vertreter eines weltoffenen, progressiven und sozialen Zürichs? Durch einen Vertreter, wie Josef Estermann, ehemaliger Zürcher Stadtpräsident und SP-Ständeratskandidat, einer ist?**

---

Von Josef Estermann,  
Ständeratskandidat SP Kanton Zürich

---

Wenn ich überfliege, was auf Bundes- und kantonaler Ebene alles aufs Jahr 2006 zusammengestrichen werden soll, fühle ich mich wie in einem falschen Film. Es scheint, als ob die Konjunktur hochgradig überhitzt wäre und wir alles dransetzen müssten, um die Nachfrage zu dämpfen, den Arbeitsmarkt zu verflüssigen und die In-

flation in den Griff zu bekommen. Die Realität bietet dazu keinen Anlass: Das Wachstum war schon in den 90er Jahre sehr schwach und hat sich, nach einem kurzen Boom, jetzt ganz verflüchtigt. Arbeitslosigkeit greift um sich und trifft auch die gut ausgebildeten Leute. Eine Inflationsgefahr besteht keine; in den USA warnt man im Gegenteil vor der Deflation.

Doch die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit (auch, aber nicht nur im eigenen Land), der Wohlstand einer breiten Bevölkerung, ein Wachstum, das allen zugute kommt, scheinen keine politischen Ziele mehr zu sein. Mitten in der Rezession geht es nur noch um eins: um tiefere Steuern und eine kleinere Staatsquote. Die Politik ist zu einem Schlankheitswettbewerb verkommen.

Demokratie zielt auf etwas anderes; sie bezweckt einen Staat, der für alle Bürgerinnen und Bürger da ist, und darum auch von allen mitgetragen wird. Das ist keine sozialdemokratische, sondern eine liberale Einsicht; auch wenn man bei den Neoliberalen wenig davon spürt. John

Stuart Mill hat diese Einsicht am prägnantesten formuliert: «Die einzig wahre Form der Demokratie ist jene, in der alle, und nicht bloss die Mehrheit vertreten sind.» Voraussetzung dafür ist ein Interessenausgleich, der möglichst vielen, ja allen, eine Chance gibt, in der Ausbildung, auf dem Arbeitsmarkt, im und zum Leben.

Unsere Gesellschaften haben sich in den letzten zwanzig Jahren in der Gegenrichtung entwickelt. Das Gefälle zwischen arm und reich verschärfte sich massiv. In London lebt heute ein Drittel der Schulkinder unter der Armutsgrenze; in New York, der global city par excellence, sind es fast die Hälfte aller Schulkinder. In der Schweiz betrifft die Armut immerhin 120 000 oder 7 Prozent der Kinder.

Gleichzeitig macht sich in unserer Gesellschaft eine Haltung breit, die mit Recht als «Casino-Kapitalismus» bezeichnet wird. Sie richtet sich nach dem Motto: The winner takes it all – Der Gewinner streicht alles ein. Wobei zu relativieren ist, dass der Gewinner für seine Firma auch ein Verlierer sein kann. Wer am richtigen Schalthebel



sitzt, kassiert für seine Ablösung nicht selten Millionenbeträge. Allerdings stellen die Gehälter, die Boni und Abfindungen von Managern nur den bescheidenen Abglanz dessen dar, was die Börsenspekulation in den letzten zwei Jahrzehnten an Vermögen angehäuft hat (auch wenn diese im Moment wenig Gewinn abwerfen).

Sicher sind in der Schweiz (in einer immer noch reichen und moderat sozialstaatlich gepolsterten Schweiz) die Gegensätze zwischen arm und reich weniger spürbar und sichtbar als in ärmeren Ländern und vor allem im Gefälle zwischen Nord und Süd. Aber auch da sind die Tendenzen klar und deutlich. Die alten Sprüche, wenn es der Wirtschaft und den Reichen gut gehe, werde es allen gut gehen, werden von der wachsenden Armut Lügen gestraft. Und der Glaube, dass es der Markt schon richte, besser als jeder Staat, erwies sich als Aberglaube.

Das ist durchaus einsichtig: denn der Markt reagiert vor allem auf eines – auf Geld. Er ist hingegen blind für Not und Bedürfnisse. Er teilt dem zu, der hat und darum an- und mitbieten kann; und er lässt aus, wer «bedürftig» ist, ein Bedürfnis hätte, aber seine Nachfrage nicht mit Geld unterfüttern kann.

Darum liefert der Markt keine Garantie dafür, dass in der eigenen und erst recht in der globalen Gesellschaft die elementaren Bedürfnisse gedeckt werden. Für eine gerechte Zu- und Verteilung würde er erst sorgen bei einem flacheren gesellschaftlichen Machtprofil; wenn alle jeden-

#### Josef Estermann

Josef Estermann ist am 22. Oktober 1947 in Luzern geboren. Er ist in der Innerschweiz aufgewachsen und hat in Zürich Recht studiert. Seit 1979 ist Josef Estermann mit Magi Estermann-Juchler verheiratet. Von 1990 bis 2002 war Josef Estermann Stadtpräsident von Zürich. Nach seinem Rücktritt verbrachte er ein halbes Jahr in London, um sich mit Urbanistik zu befassen. Er gehört den Leitungsgremien mehrerer kulturellen und sozialer Institutionen an.

falls soviel besässen, dass sie ihre elementaren Bedürfnisse am Markt decken könnten. Solch eine Gesellschaft ist nicht weniger utopisch als jene von Karl Marx, und beide Utopien treffen sich ironischerweise darin, dass sie vom Abbau oder vom Absterben des Staates träumen. Als Sozialdemokrat denke ich da pragmatischer. Der Staat ist das sinnvolle und notwendige Korrektiv zum für Not und Ungleichheit blinden Markt und er besitzt in einer Demokratie die unabdingbare Aufgabe, für die Deckung der elementaren Bedürfnisse zu sorgen.

Wer heute, nach einer Phase weltweiter Liberalisierung und Globalisierung und trotz wachsender Armut und Ungleichheit, das Heil vor allem im Abbau des Staates und in tieferen Steuern sucht, ist entweder ideologisch verblendet oder hat den Anspruch der Politik, für das Gemeinwohl und für sozialen Ausgleich zu sorgen, längst aufgegeben. Die Strategie, dem Staat und damit der Politik systematisch Mittel zu entziehen, zielt, zumindest bei den helleren Köpfen, auf eine solche, eng an den eigenen Interessen orientierte Zielkorrektur ab. Sie geht der Demokratie an die Wurzeln. Denn sie wird längerfristig ihre Legitimation unterhöheln. Denn: was können jene von Politik und Demokratie erwarten, die mit dem Abbau des Staates und tieferen Steuern nichts gewinnen, sondern nur verlieren: Bildungschancen einbüßen, Versorgungslücken bei Krankheit und Invalidität in Kauf nehmen müssen, sich die privatisierten Angebote in der ganzen Breite von der Spitalpflege über den Verkehr bis zu den öffentlichen Diensten immer weniger leisten können. Sie können immer weniger vom Staat erwarten; und umgekehrt wird auch der Staat von diesen Bürgerinnen und Bürgern immer weniger erwarten dürfen. Die Akzeptanz von Normen und Vorschriften wird weiter schwinden. Mit der unweigerlichen Folge, dass die Kriminalität und der Ruf nach härteren Strafen und Massnahmen und einem Ausbau der Polizei zunehmen werden.

Unsere Zukunftsvisionen sind andere. Heute, wo das Wachstum dümpelt und die Arbeitslosigkeit steigt, wo Armut und Ungleichheit zunehmen, kann die auf Wohlfahrt und Ausgleich gerichtete Tätigkeit des Staates nicht abgebaut, sie muss gestärkt und ausgebaut werden. Die gesellschaftliche Solidarität darf nicht weiter ausgedünnt werden.

#### Regine Aepli, Regierungsrätin des Kantons Zürich:

«Josef Estermann hat es verstanden, Zürich zum attraktiven und begehrten Wohn- und Arbeitsort zu machen. Er weiss, dass Wirtschaftswachstum, Bildung und Kultur einander bedingen und zusammengehören. Der Kanton Zürich kann sich glücklich schätzen, einen Ständerat Josef Estermann nach Bern zu schicken!»

#### Robert Neukomm, Stadtrat von Zürich:

«Als Stadtpräsident führte Josef Estermann in den 90er Jahren die Beteiligten von Bund, Kanton und Stadt mit Umsicht und mit Hartnäckigkeit zusammen, um der nationalen Drogenpolitik eine neue Richtung zu geben. Wenn es heute den Drogenabhängigen besser geht, wenn heute die Städte weniger unter dem Drogenproblem leiden, so ist dies sein wesentliches Mitverdienst. Als Ständerat wird er andere Probleme ebenso erfolgreich angehen.»

#### Ernst Wohlwend, Stadtpräsident Winterthur:

«Josef Estermann hat mich als Stadtpräsident immer wieder beeindruckt. Mit seinem Sachverstand und seiner Überzeugungskraft schaffte er es, für die Stadt Zürich wichtige Entscheide durchzubringen und sein politisches Gegenüber für durchdachte Lösungen zu gewinnen. Damit hat er das Vertrauen der Wirtschaft gewonnen und die Stadt Zürich zu neuer Blüte geführt. Es stünde dem Kanton Zürich gut an, durch einen Politiker seiner Güteklasse in Bern vertreten zu sein!»

Nationalratswahlen: Viktória Tóth kandidiert auf der Liste 15 – Second@s plus

# Die eigene Biographie als Motivation

**Erstmals tritt bei den Nationalratswahlen eine Liste mit Secondos und Secondas an, also SchweizerInnen, welche entweder ursprünglich eine andere Nationalität besaßen oder aber deren Eltern als GastarbeiterInnen in die Schweiz gekommen sind. Eine von diesen Kandidatinnen ist die Ustermerin Viktória Tóth. Was zieht sie als Migrantin in den Nationalrat?**

---

Von Viktória Tóth,  
Nationalratskandidatin Second@s plus

---

Meine Gründe für die Kandidatur ergeben sich aus meiner Biographie. Ich habe bis 1989 in Budapest gelebt, dort Geschichte und Germanistik studiert und als Gymnasiallehrerin gearbeitet. In der Schweiz habe ich dann in verschiedenen Jobs gearbeitet, als Strassenmusikantin, Putzfrau, Lesesaalaufsicht in der Zentralbibliothek, als Deutschlehrerin für Flüchtlinge – nur als Mittelschullehrerin durfte ich selbstverständlich nicht arbeiten. Immer wieder war ich auch erwerbslos, lebte von der Arbeitslosenversicherung, statt den Staat als Lehrerin und durch Steuern auf mein daraus resultierendes Einkommen zu unterstützen. Aus dieser Erfahrung heraus setze ich mich für die Anerkennung von ausländischen Diplomen ein, denn es macht volkswirtschaftlich wenig Sinn, das Potential von erworbenen Ausbildungen nicht zu nutzen.

Für eine aktive Aussenpolitik...

Zum Glück konnte ich 1998/99 auch in einem Migrationsprojekt des Amtes für Soziokultur der Stadt Zürich «MigrantInnen erzählen» als Workshop-Leiterin arbeiten. So habe ich viele Migrationsgeschichten kennengelernt, die ganz anders sind als meine. 1994 habe ich mich im zweiten Refugium für tamilische Flüchtlinge engagiert. Durch die entstandenen Kontakte wurde mir klar vor Augen geführt, wie privilegiert ich mit meinem B-Ausweis war. Zudem wurde ich stärker politisiert. 1991 habe ich als Studentin an der Uni Zürich über 1000 Unterschriften von Studierenden und MitarbeiterInnen der Uni gegen die militärische Intervention der Sowjetunion im Baltikum und den von den USA geführten Golfkrieg gesammelt. Ich bin für eine aktive Aussenpolitik der Schweiz. Sie sollte



sich im In- und Ausland konsequent für Menschenrechte und für eine Asylpolitik einsetzen, die diesen Namen verdient.

... und eine fortschrittliche Familienpolitik

Mir war als Ausländerin politische Betätigung verboten und das hat mir eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Diese ist mir nicht leicht gefallen, weil in Ungarn Politik zu meinem Alltag gehörte. Seit 1999 bin ich Doppelbürgerin. Meine Kinder sind 1997 und 2000 auf die Welt gekommen und so hatte ich vorerst nicht allzuviel freie Kapazität für Politik. Das ändert sich jetzt zum Glück langsam.

Zum Freiraum schaffen gehörte vor einem Jahr auch die Gründung des Chinderhuus' Im Werk, Hort und Krippe in einem, eine von der Stadt Uster unterstützte professionelle Einrichtung. Die Erfahrung, ausgerechnet in der Kleinkinderphase, in der die Eltern die meiste Entlastung brauchen, meine eigene Entlastung selber mitaufbauen zu müssen, hat mich sehr stark für familienpolitische Belange sensibilisiert. Wie wichtig z.B. ausserfamiliäre Betreuung speziell für Kinder mit Migrationshintergrund ist, ist mittlerweile unbestritten. Aber ich denke auch

an die Mutterschaftsversicherung, Blockzeiten, Mittagstische etc. Gerade auch weil ich Kinder habe, bin ich entschieden gegen den Qualitätsabbau in der Volksschule, der die sowieso schon Benachteiligten am härtesten treffen wird.

Rechtliche Gleichstellung für MigrantInnen

Auch dank des Chinderhuus' konnte ich im März ein Nachdiplomstudium «Interkulturelle Kommunikation» an der Uni Luzern abschliessen. Durch diese Weiterbildung konnte ich meine Erfahrungen mit den aktuellsten theoretischen Ansätzen in Einklang bringen. So kann ich meine politischen Forderungen auch theoretisch gut abstützen. Die wichtigste ist: rechtliche und politische Gleichstellung der MigrantInnen, d.h. Stimm- und Wahlrecht der in der Schweiz wohnhaften ausländischen Bevölkerung. Diese Forderung nach Gleichstellung ist zentral. Ich bin der Meinung, dass nur unter dem Druck und durch Lobbyarbeit der emanzipierten MigrantInnen entscheidende Schritte Richtung Integration und gegen strukturellen und kulturellen Rassismus gemacht werden können.

Mehr Informationen: [www.liste15.ch](http://www.liste15.ch)

Nationalratswahlen: Heidi Vogt kandidiert auf der Liste 11 – SP Kanton Zürich

# Biete Hirn für die Suche nach Lösungen

**Während vielen Jahren sass Heidi Vogt im Ustermer Gemeinderat, von 1994 bis 2002 war sie Mitglied des Ustermer Stadtrates. Nun kandidiert sie auf der Liste 11 der SP Kanton Zürich für einen Sitz im Nationalrat. Was zieht eine klassische Kommunalpolitikerin nach Bern?**

Von Heidi Vogt,  
Nationalratskandidatin SP Uster

Während neun Jahren war ich Gemeinderätin und während acht Jahren Stadträtin in Uster. Aber mich interessiert die nationale Ebene der schweizerischen Politik schon lange. Die Arbeit als Stadträtin hat das noch verstärkt. In vielen kommunalpolitischen Fragen spielen die Vorgaben in Form von Gesetzen und Verordnungen eine wichtige Rolle. Als ehemalige Sicherheitsvorsteherin war ich bei verschiedenen Themen damit konfrontiert. Ich denke da z.B. an die Vorschriften zur Einführung von Tempo 30 Zonen in Wohnquartieren. Gerade wenn es um Verkehrsberuhigung ging, habe ich mir manchmal gewünscht, die Gesetzgebenden wären etwas näher an den Bedürfnissen der Bevölkerung in den Quartieren, die möglichst schnell eine Verkehrsberuhigung wünscht und wenig Verständnis hat für verzögernde Verfahrensabläufe, Vorschriften des Bundes und des Kantons.

## Gegen Abbau der Sozialen Sicherheit

Fragen der Sicherheit generell haben mich stark beschäftigt. In diesem Zusammenhang habe ich ein sogenanntes Benchmarkingprojekt mit anderen Schweizer Städten initiiert, in dem die Bevölkerung zu ihren Sicherheitsbedürfnissen befragt wurde und die Ergebnisse verglichen wurden. Sicherheit ist für mich ein Thema, das auf allen politischen Handlungsebenen wichtig ist. Auf der nationalen Ebene rückt aber für mich die soziale Sicherheit in den Vordergrund.

Wir sind heute daran, mit den vereinten Sparanstrengungen auf Bundes- und Kantons Ebene und den bürgerlichen Rufen nach Steuerenkungen die soziale Sicherheit in einem für mich neuen Ausmass zu gefährden. Ich will nicht, dass zum Beispiel das Rentenalter erhöht wird, die AHV nicht mehr mit der Lohnentwicklung Schritt hält, Erwerbslose immer weniger lang Taggelder erhalten, bei wichtigen Projekten für die Integration gespart wird. Dies alles (und noch mehr) gefährdet mittelfristig die soziale Si-



cherheit in der Schweiz; dagegen wehre ich mich.

## Weiter Richtung Gleichberechtigung

Meine Motivation und meine politischen Themen ergeben sich zusätzlich aus meiner Biographie. Erstes Beispiel: Als berufstätige Mutter erlebte ich mit unseren kleinen Kindern, wie wichtig es ist, dass sie in einer Krippe gut und liebevoll betreut werden. Beide Kinder waren bis zum Kindergarten während zwei Tagen pro Woche in einer privaten Krippe betreut. Die Familienergänzende Betreuung bleibt für mich ein ganz wichtiges Anliegen. Es braucht genügend und gute Betreuungsplätze und in Zukunft sollte auch die Ausbildung und Weiterbildung des Personals in den Krippen und Horten unterstützt werden durch den Bund. Mit der sogenannten Anstossfinanzierung des Bundes für neu entstehende Krippen, Horte und weitere schulergänzende Betreuungsangebote ist ein sehr wichtiger Schritt gemacht worden. Diese Politik möchte ich unterstützen, damit noch weitere notwendige Schritte Richtung Gleichberechtigung und Gleichstellung gemacht werden.

Zweites Beispiel: Als ehemalige Krankenschwester und heute als selbständigerwerbende Supervisorin mit Aufträgen in Alters- und Krankenheimen habe ich grosses Interesse an der Gesundheitspolitik. Diese wird zu einem grossen Teil auf Bundesebene gemacht und ist gleichzeitig wohl eines der schwierigsten Dossiers mit vielen Widersprüchlichkeiten: Wir wollen alle nur das Beste, können es aber nicht mehr bezahlen! Ich habe keine Lösungen oder Rezepte, würde aber gerne mein Hirn in Bern zur Suche danach einsetzen.

Letztes Beispiel: Als Hobbybergsteigerin habe ich einen etwas speziellen Sommer hinter mir. Man meint, bei so schönem Wetter seien die Bedingungen ideal für Hochtouren in den Bergen. Trotz schönstem Wetter mussten wir eine Tour auf die Bernina absagen, weil es auf Schneefeldern und Gletscher wegen der warmen Temperaturen einfach zu gefährlich war. Das Klima verändert sich und unsere Lebensweise ist daran mitschuldig. Machen wir etwas dagegen, damit eine Wüstenreise weiterhin ein schönes Abenteuer in einem fernen Land bleibt. Mehr Informationen: [www.spzuerich.ch](http://www.spzuerich.ch)

---

Einladung zum Sonntags-Apéro  
28. September 2003, 11.00 Uhr, Freizeit- und  
Jugendzentrum Frjz, Zürichstrasse 30, Uster

# // Bund und Kanton sparen – wir zahlen. Mehr Gewicht für die Städte in der Bundes- politik.

Am 19. Oktober sind National- und Ständeratswahlen. Aus diesem Anlass diskutieren die Nationalratskandidatinnen Heidi Vogt und Andrea Kennel mit Ständeratskandidat Josef Estermann über Stadtentwicklung und soziale Sicherheit. Diskutieren Sie mit.



**Heidi Vogt**

Stadträtin in Uster bis 2002  
Supervisorin, Projektleiterin



**Andrea Kennel**

Gemeinderätin,  
Präsidentin GRPK Dübendorf,  
Informatikerin



**Josef Estermann**

Stadtpräsident Zürich  
1990 – 2002

Liste 11. Eine Stimme für Sie. **// SP**

---

[www.sp-uster.ch](http://www.sp-uster.ch)